DEUTSCHE BANK

Hohe Abfindungen

Als Durchmarsch der Investmentbanker lesen die Traditionalisten in der Deutschen Bank den Umbau der Führung unter Anshu Jain und Jürgen Fitschen. Vergangene Woche war bekannt geworden, wie die Nachfolger Josef Ackermanns die Bankspitze besetzen wollen: Sie drängen Risikovorstand Hugo Bänziger und Personalchef Hermann-Josef Lamberti aus dem Vorstand und ziehen ihre Gefolgsleute nach. Die Führung wird weniger deutsch und stärker von Investmentbankern geprägt sein. Allein im Vorstand sitzen mit Stephan Leithner, Henry Ritchotte und Bill Broeksmit drei neue Investmentbanker mit ausländischem Pass. Doch im erweiterten Vorstand, der künftig 17 Manager umfassen soll, erhält auch die deutsche Fraktion Zulauf: Christian Ricken, 45, seit 1996 in der Bank, vertritt künftig neben Vorstandsmitglied Rainer Neske das Privatkundengeschäft. Ricken gilt als Neskes

HANNELORE FOERSTER / BLOOMBERG VIA GETTY IMAGES

Jain

rechte Hand und soll vor allem die Integration der Postbank vorantreiben. Damit sind nur noch zwei Positionen in der erweiterten Führung offen. Als Kandidaten für das Asien-Geschäft gelten der Inder Ashok Aram und Boon-Chye Loh aus Singapur. Die Suche nach einem Amerika-Chef dürfte noch einige Wochen dauern. Der Ausstieg von Bänziger und Lamberti wird für die Bank wohl teuer werden: Intern ist jeweils von einer Abfindung im hohen einstelligen Millionenbereich die Rede. Beide haben noch Verträge bis 2014. Auf den Wechsel an der Spitze stellt sich die Bank unterdessen auch kulinarisch ein: In den Zwillingstürmen eröffnet demnächst ein vegetarisches Restaurant. Anshu Jain isst kein Fleisch.

JOCHEN ZICK / KEYSTONE

Deutsche-Bahn-Zentrale in Berlin

DATENSCHUTZ

DGB gegen Gesetzentwurf

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert den Bundestag auf, den Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutz zu stoppen. Mit einem Brief an alle Bundestagsabgeordneten verschickte DGB-Chef Michael Sommer am vergangenen Donnerstag eine Resolution des DGB-Bundesausschusses. Der Regierungsentwurf des Innenministeriums habe nichts mit dem Schutz der Arbeitnehmer zu tun, heißt es darin: „Die Interessen des Arbeitgebers an Ausforschung und Überwachung werden vielmehr in den Vordergrund gestellt.“ Nach den Datenschutzskandalen etwa bei Deutscher Bahn, Telekom oder Lidl wird seit Jahren über ein Gesetz debattiert, das festlegt, welche Daten ein Arbeitgeber über seine Beschäftigten sammeln darf. Bereits im Dezember 2010 lag ein Gesetzentwurf vor. Der DGB kritisiert , dass das sogenannte Screening, der Abgleich von Mitarbeiterdaten, schon erlaubt werden solle, wenn nur das Risiko für betrügerische Handlungen vorliege – und nicht erst bei einer schwerwiegenden Pflichtverletzung oder bei einer Straftat. Damit würde der automatisierte Datenabgleich der Deutschen Bahn von 2009 künftig erleichtert. Zudem solle das Fragerecht des Arbeitgebers bei Einstellungen ausgeweitet werden ebenso wie die Möglichkeit, ärztliche Untersuchungen zu verlangen, so die Befürchtungen des DGB. Der Entwurf sei nicht geeignet, so Sommer, „eklatante Eingriffe in die Grundrechte von Beschäftigten einzuschränken“.

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Sommer